

Mittwoch, den 15. Juli.

1863.

Abonnementpreise:

Jährlich 1 Thlr. — Ngr. in Sachsen.
Jährlich 1 Thlr. 15 " in Preussen.
Monatlich in Dresden: 15 Ngr."
Einsame Nummern: 1 Ngr.

Im Auslande
tritt Post- und
Stempelzur-
schrift hinzu.

Bezirkspreise:

Für den Raum einer gespaltenen Zeile: 1 Ngr.
Unter „Eingesandt“ die Zeile: 2 Ngr.

Erscheinung:

Täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage,
Abends für den folgenden Tag.

Nichtamtlicher Theil.

Übersicht.

Telegraphische Nachrichten.

Zeitungsbuch. (Die „Wiener Zeitung“ und die Erklärung des sächsischen Bevollmächtigten auf der Münchner Generalzollkonferenz).

Zugeschichte. Dresden: Kostenfrei Vermittelung streitiger Polenprophete. — Lemberg. Die Verhaftung des Fürsten Sapieha. — Berlin: Tagesschau. Der Polenprozeß. Bescheid des Kultusministers an den Senat der Universität in Sachsen des Prof. v. Holzenhoff. — Prozeß. — Kreuznach: Das Verbot des rheinischen Turnfests. — München: Militärisches. — Karlsruhe: Kommerzverhandlungen. — Frankfurt: Landwirtschaftliche Ausstellung. — Pferderennen. Versammlung der katholischen Vereine. — Paris: Beurlaubungen. Zur mexikanischen Siegesfeier. — Bern: Von Nationalrat. — Anfang der deutschen Schlacht. — Turin: Beurlaubungen. — Mailand: Mandevi. — London: Die englische Note nach St. Petersburg. — Bukarest: Gesandter für Teheran. — Indien und China: Aus der neuesten Überlandpost.

Der politische Aufstand.

Dresdner Nachrichten.

Provinzialnachrichten. (Leipzig, Freibau, Löbau, Meißen, Eisenstadt, Borna, Schneeberg, Radeberg, Augustusburg, Reutlingen.)

Eingesandtes.

Statistik und Volkswirtschaft.

Feuilleton. Inserate. Tageskalender. Börsennachrichten.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, Dienstag, 14. Juli. Ein aus St. Petersburg hier eingetroffener Privatbrief meldet aus angeblich guter Quelle, die Reise der Kaiserin von Russland (nach der Krim?) sei aus politischen Gründen aufgegeben, dieselbe wolle den Endpunkt der Antwortnoten an die drei Mächte abwarten.

Paris, Montag, 13. Juli, Abends. Im „Constitutionnel“ schreibt Boniface über die Noten der drei Mächte: Es ist leicht nachzuweisen (aber „es ist also wahrscheinlich“; im Originaltelegramm steht: Asie stable), daß das gemeinschaftliche Programm Englands, Österreichs und Frankreichs sich innerhalb der Grenzen der Wünsche hält, welche ihm das Wohlwollen zu Gunsten Polens einlösen. Der „Constitutionnel“ glaubt, daß die Verhandlungen auf Grund der sechs Punkte die Unterlage zu einer wirklichen (seconde) Autonomie Polens abgeben. Frankreich hätte mit Vergnügen eine große europäische Frage dem Schiedsgericht ganz Europas unterbreitet gesehen; in Ermangelung dessen aber schließt es sich auch einer Kombination an, welche die Prüfung der sechs Punkte der Entscheidung der Großmächte (Arbitrage hant puissance) unterstelle. Der „Constitutionnel“ behauptet, daß ein Westenstaat wünschenswert, notwendig, möglich, daß es finstes, ja drastisch wäre, den blutigen Kampf fortzuführen. Die drei Mächte hätten eine Lösung der polnischen Frage vorbereitet. Wenn in diesem Kreis Übereinkommung bestünde, so werde ihr Willen durch friedliche oder andere Mittel, jedenfalls durchgedreht. (Das französische Originaltelegramm ist hier wieder sehr unklar und kann sehr verschiedenartig übersetzt werden. Es lautet: Trois puissances prépare solution question polonaise, lorsque cet ordre accord leur volonté prévaut toujours par voies pacifiques ou autres). Der würde eine große Verant-

Feuilleton.

Literatur. „Die gegenwärtige Aufgabe der Wissenschaft der Nationalökonomie“. Unter diesem Titel sieht Bruno Hildebrand in den ersten Seiten seiner „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ eine Art Programmatik, der in seinen Wörtern wie in seinen Zielpunkten gewiß vollkommen recht ist, in der Ausführung aber über jenes, auch von uns empfohlenen Unternehmen leicht den Schein einer Tendenz verbreiten könnte, die ihm schwerlich innewohnt. Es dient vielleicht dazu, ein Widerspruch zu haben und einen zur brennenden Lagefrage sich gestaltenden Streitpunkt aus dem Kreise der Untersuchungen zu verbannen, die darunter nicht zu leiden brauchen, wenn wir etwas näher heraus eindringen.

Hildebrand wundert sich darüber, daß in der Nationalökonomie noch immer das reine Smith'sche Individualistoprinzip besteht, nachdem man in der Politik aus den entgegengesetzten Extravaganz der Allgemeinverfügung und der absoluten Isolierung des Einzelnen den vermittelnden Weg gefunden. Er will neben den unlängst glänzenden Eigenschaften auch die Schattenseiten des reinen Individualismus nicht übersehen haben. Der Weitblick seiner historischen Ausführung läßt ihn freilich das Gegengewicht anderwohl suchen, als es neuerdings mit jener sozialistischen Wendung geschieht, in welcher der Name Lassalle eine hervorragende Rolle spielt, nämlich in einer harmonischen Entwicklung des Volkslebens, wie sie beispielsmäßig als Frucht vielseitiger Erfahrungen in England finde. Dabei kommt er jedoch zu dem bedenklichen Schluß: das Vorhandensein wirtschaftlicher Naturgesetze überaupt zu längern. Die Natur, die Grundlage der menschlichen Wirtschaft, habe stellvertretend ihre Gesetze, der menschliche Wille aber

wortung auf sie nehmen, der so ernstlichen und berechtigten Bewegungen ein Hindernis in den Weg setzte.

London, Montag, 13. Juli, Nachts. In der heutigen Sitzung des Oberbaues demonstrierte Carl Russell die vom „Observer“ gebrachte Nachricht, daß die Kanalschiffe in der Ostsee kreuzen sollen.

Hierauf begann das Haus die Debatte über Polen. Die Lords Grey und Derby verdammen jede Einmischung. Carl Russell sagt, es liege kein Gefahr zu einer bewaffneten Intervention vor, die diplomatische Intervention aber werde keinen Krieg verhindern. Derselbe belobt zugleich Österreichs Regierung und Parlament, deren europäischer Einfluß geige. Nachdem England gemeinsam mit Österreich und Frankreich die bekannten sechs Punkte vorgelegt, könne es jetzt nichts weiter thun und müsse die Antwort Russlands abwarten. Marroway's Auftreten verleiht leider eine unbedeutende Politik. Lord Brougham bedauert, daß Russland eine Intervention vor Empfang der russischen Antwort für unabbar erkläre, worauf Carl Russell erwidert, daß die Antwort des Kaiserreichs Russland bereits festgestellt sei und morgen St. Petersburg verlassen werde.

Im Unterhause wird die Polendebatte nächsten Montag fortsetzen. Roebuck hat seinen Auftrag bezüglich einer Debatte über Amerika zurückgezogen.

Warschau, Dienstag, 14. Juli. Infolge der Verhandlung des Markgrafen Wielopolski wurde General Berg in den Administrationsrat des Königreichs Polen berufen, in welchem er während einer Abwesenheit des Großfürsten-Statthalters den Vorsitz zu führen hat.

Bon der der polnischen Grenze, Montag, 13. Juli. Es ist in allen Kirchen Warschaus ein Protest gegen die Verhaftung des Erzbischofs Jezwaski hat aus eigenem Antriebe seine Funktionen niedergelegt. Es ist Kirchenrat für das Königreich verordnet und das Glockengeläute hat demzufolge bereits aufgehört. Nachts haben Verhaftungen von Geistlichen stattgefunden.

Dresden, 14. Juli.

Wir hatten in Nr. 154 unser Blattes die von dem sächsischen Bevollmächtigten bei der Generalzollkonferenz zu München vom 5. vorigen Monats abgegebene Erklärung mitgetheilt. Die „Wiener Abendpost“ (Beilage zur „Wiener Zeitung“) findet sich dadurch zu nachstehenden Bemerkungen veranlaßt:

Die Erklärung ist ein charakteristisches Beispiel für die sächsische Regierung in der Frage von Anteil an Verhaftungen. Es scheint, als ob sie genugt wäre, alles gleichzeitig zu akzeptieren, die kleinen Verbindlichkeiten und den preußisch-französischen Vertrag eines vor vermeintlich verhinderten Fazit und die Erneuerung des Zollvereins auf der alten Basis. Trotz der weiteren Antritte der österreichischen Regierung, auf Grundlage des vereinbarten Vertrages nicht weiter verbünden zu können, zieht sie sich doch der Hoffnung hin, sehr weitgehende Erliebungen in dem Bereich mit Österreich erzielen zu können, ohne einen Vertrag dafür „einen“ zu müssen, und erklärt sich deshalb direkt, die österreichischen Verhältnisse zu dis-

zidenz. Aber auch hier wieder will sie nur den Zweck und nicht die Weitheit. Sollte bei der gegenwärtigen Generalzollkonferenz nicht erzielt werden, so liegt deshalb eine Übereinkunft der Anteile in der Generalzollkonferenz nicht zu erreichen sein sollte, für den einen oder den anderen Teil der dort vertretenen Staaten bereits ein Anlaß zu bestehenden Vereinbarungen vorhanden sei, hält es vielmehr für verständlich, schon jetzt offen zu erklären, daß, wenn in diesem Falle sowohl der einen als der anderen Seite dies zu zulassen werden sollte, sie sich an solchen Verhandlungen nicht beteiligen würde.

Hätte Sachsen nicht auf diese Weise im Voraus offen und ehrlich erklärt, an Separatverhandlungen, die nicht unter sämtlichen Zollvereinstaaten, sondern nur unter einem Theile derselben geführt werden sollten, nicht Theile nehmen zu wollen; befände es sich im Gegentheile unter denselben Regierungen, welche der bayrischen Einladung vom 18. Juni Folge zu geben sich bereits erklärt haben, so würde sicherlich die „Wiener Zeitung“, anstatt der sächsischen Regierung den Vorwurf einer „laviranten und unentschiedenen Haltung“ zu machen, ein Vorwurf, der gerade absehn in vollem Maße ein verdienter sein würde, des Lobes und der Anerkennung für Sachsen soll sein. Es ist also umgekehrt das Entwickelnde an der sächsischen Erklärung, was der „Wiener Zeitung“ so sehr mißfällt, und diesen ihr so mißliegenden Charakter erkennt sie selbst einige Seiten weiter an, indem sie

können, wenn man seine Freiheit nicht wegstreiten will, nicht Naturgesetze unterwerfen sein. Sein Bedingtheit durch die geistlichen Prozesse, welche unter psychologischen Leben bestehen, bringt Hildebrand als Herbartianer später selbst zur Sprache. Aber lassen wir die Abhängigkeit oder Unabhängigkeit des Willens ganz auf sich beruhen. Bringt denn der Wille mit dem Naturgegenstand zusammen schon eine beliebige Wirtschaft fertig? Gehört nicht dazu auch das Können, das noch von andern als psychologischen, chemischen, physikalischen animalischen und regulativen Nothwendigkeiten abhängt? Ist es denn wirklich dies unter berechnete Wissenschaft mit den veränderten moralischen und politischen Zuständen, die es macht, daß trotzdem unter Denkgegenständen sind, wie für Antikörper und seine Zeitgenossen, und die Sonne und ebenso scheint, wie Jenseits, wir nicht mehr so spinnen, weben, reisen etc., wie Jenseits? Bei den 15.000 Meilen Eisenbahn, die wir in 30 Jahren gebaut haben, gehörte eben nicht das die Erfahrung der Lokomotive etc., sondern ebenso sehr jene 6000 Mill. Thlr. Capital, von denen Hildebrand an einer andern Stelle spricht. Das ist eine der wirtschaftlichen Nothwendigkeiten, welche gleichwohl ob den Willen, sicher aber das wirtschaftliche Wirken der Menschen bestimmen und dem befähigten und energischen Geiste unter den günstigsten Naturbedingungen ihre Vorhandensein oft recht empfindlich wahrnehmbar machen.

Die Analogie des zu Musikinstrumenten verwendeten Holzes oder Metalls, die Hildebrand anführt, zeigt gegen ihn. Sind auch die Töne und Harmonien, welche der Mensch jenen entlockt, eine Schöpfung seines Geistes, so sind doch die Geister der Harmonie etwas auch für die Gegebenen, etwas neben der Freiheit desselben und den Naturgesetzen des Holzes, Metalls etc. Anzurechnen. Mit großem Rechte findet Hildebrand den Schmerz.

siche Regierung in den Kreis der zu Verhandlungen aufgeforderten Zollvereinstaaten mit hereinzuziehen.“

Wir waren bisher der Meinung, daß die Generalzollkonferenzen Sache des Zollvereins seien, und könnten wohl uns mit der Frage begnügen, wie die „Wiener Zeitung“ obwohl sie, oder vielleicht besser, weil sie einen offiziellen Charakter hat, dazu kommt, die Erklärung einer Zollvereinsregierung auf der Generalzollkonferenz einer tadelnden Kritik zu unterwerfen. Allein wir ziehen vor, die Provokation der „Wiener Zeitung“ aufzunehmen und uns mit derselben recht offen auszuprägen.

Ehe wir jedoch auf eine Bekämpfung dieser Ausklausung eingehen, wollen wir zunächst daran erinnern, daß österreichische Blätter, einschließlich der in letzterem enthaltenen „Donauzeitung“, seit Jahresfrist sich über die Haltung Sachsen in der Zoll- und Handelsfrage wiederholt in bestigen, zuweilen sogar gehässigen Ausfällen ergangen, und daß wir unsrester die selben seit unverdutzt gelassen haben. Es scheint diese Zurückhaltung wenigstens bei der „Wiener Zeitung“ die gehoffte Würdigung nicht zu finden, und bei der Sitzung, welche die Provokation der „Wiener Zeitung“ aufzunehmen, es liegt, die sächsische Erklärung spreche „so kurzweg“ sich über den Kern der österreichischen Vorschläge aus, „noch sie gemacht wurden“. Nun ist zwar auch diese Behauptung der „Wiener Zeitung“ gleich der von der laufenden und unentschiedenen Haltung völlig aus der Luft gegriffen. Denn die sächsische Regierung hat sich weder über den Kern, noch überhaupt über den Charakter der am 5. Juni nur in Ansicht gestandenen bayerischen Vorschläge geäußert. Daß aber der Inhalt der seitdem bekannt gewordene bayerischen Vorschläge vom 18. Juni keineswegs geeignet gewesen ist, die sächsische Regierung ihre in Voraus „so kurzweg abweichende“ Erklärung bereuen zu lassen, mag allerdings zugegeben werden. Das Programm eines erneuten Zollvereins neben Österreich und Preußen, mit Inanspruchnahme zweier Zollgruppen, ist ein solches, dessen praktische Durchführung mit nicht ganz unerheblichen Schwierigkeiten verbunden sein dürfte, und die sächsische Regierung hätte in Berücksichtigung der speziellen Verhältnisse ihres Landes vorgehen müssen, durch ihre Vertreibung bei den beigeduldigen Verhandlungen diese Schwierigkeiten nur zu vermehren; ihre Gleichsamkeit verdient daher den Dank, daß die Anfeindung der bei der Sache beteiligten Regierungen. Dagegen bat man hier eben so wenig zu verbergen, daß für einige der Zollvereinstaaten die Möglichkeit einer sofortigen Zollvereinigung mit Österreich gegeben sei, und daß eine solche Eventualität eine bei Weitem greifbare praktische Grundlage haben könnte. Da nun aber Sachsen nicht in der Lage ist, eben diese Eventualität für sich in Aussicht zu nehmen, so wird die „Wiener Zeitung“ begreifen, daß es besser war, sich „kurzweg“ hierüber auszusprechen, als sich durch eine Unterlassung dieser Erklärung in den Verdacht einer „laviranten und unentschiedenen Haltung“ zu bringen.

Gläcklicherweise ist man noch nicht bei der zweitlängsten Stunde angelangt. Noch liegen zwei volle Jahre bis zum Ablauf der Zollvereinsperiode inne, und sind wir gut unterrichtet, so dürfte schon die nächste Zeit Angelegenheiten bringen, daß der Annäherung und Verhandlung neue Wege öffnen. Die „Wiener Zeitung“ aber, welche sich, wie es scheint, so eingehend mit der „Geschichte der Entstehung des Zollvereins“ beschäftigt, wird dabei Gelegenheit finden, bis zu erinnern, welchen entscheidenden Aufschlag damals Großherzogthum Hessen gab und vielleicht ihren Blick jetzt etwas von Dresden hinwegwenden. Anjewichnen möchten wir derselben eine Betrachtung nahelegen.

Wenn ihr Gedächtnis sie nicht ähnlich verklärt, wird sie sich erinnern, daß die sächsische Regierung in offiziellen Schriften und durch ihre Organe in der Presse die Sache Österreichs mehr als einmal mit Eifer und Hingabe in Seiten vertreten und versucht hat, wo diese Aufgabe wahrlich nicht zu den leichtesten und dankbarsten gehörte. Die sächsische Regierung konnte es frohen Muthes thun, weil sie es im Bewußtsein ihrer Unabhängigkeit hat. Diese Unabhängigkeit der Überzeugung und des Handelns wird man anzuvertrauen haben, daß die sächsische Regierung der bayerischen Aufforderung, über die österreichischen Vorschläge vom 10. Juli v. J. zu verhandeln, nicht bereitwillig entsprechen konnte. Es liegt daher auf der Hand, daß die etwas absehnige Ausklausung der „Wiener Zeitung“ allein durch den Schlußsatz der sächsischen Erklärung hervergerufen worden ist, dessen Wortlaut wie nachstehend wiedergegeben wird:

„Die königl. sächsische Regierung erklärt sich daher zur Theilnahme an solchen, von Preussen, Bayern und Sachsen zu führenden Verhandlungen mit Österreich hierauf wiederholt und zwar auch über den Fall bereit, daß bei der gegenwärtigen Generalzollkonferenz ein überstimmender Beschluß beobachtet nicht zu Stande kommt. Dagegen vermag die sächsische Regierung, was auf österreichischer Seite eine Verständigung hervorgerufen hat, ebenfalls nicht zu erreichen, um so mehr, als sie sich in der Gegenzeit mit der bayerischen Regierung, über die Erneuerung des Zollvereins, auf Grundlage des vereinbarten Vertrages nicht weiter verbünden zu können, zieht sie sich doch der Hoffnung hin, sehr weitgehende Erliebungen in dem Bereich mit Österreich erzielen zu können, ohne einen Vertrag dafür „einen“ zu müssen, und erklärt sich deshalb direkt, die österreichischen Verhältnisse zu dis-

zidenz. Aber auch hier wieder will sie nur den Zweck und nicht die Weitheit.

Sollte bei der gegenwärtigen Generalzollkonferenz nicht erzielt werden, so liegt deshalb eine Übereinkunft der Anteile in der Generalzollkonferenz nicht zu erreichen sein sollte, für den einen oder den anderen Teil der dort vertretenen Staaten bereits ein Anlaß zu bestehenden Vereinbarungen vorhanden sei, hält es vielmehr für verständlich, die sächsische Regierung den Vorwurf einer „laviranten und unentschiedenen Haltung“ zu machen, ein Vorwurf, der gerade absehn in vollem Maße ein verdienter sein würde, des Lobes und der Anerkennung für Sachsen soll sein. Es ist also umgekehrt das Entwickelnde an der sächsischen Erklärung, was der „Wiener Zeitung“ so sehr mißfällt, und diesen ihr so mißliegenden Charakter erkennt sie selbst einige Seiten weiter an, indem sie

punkt der ganzen Nationalökonomie in den Lehre vom Preis. Aber „die auf Beobachtung des Lebens gestützte Naturbeschreibung“ der Produktion und Konsumtion lehrt sie uns wirklich keine andern, als naturgeschichtliche Wahrheiten?

Hildebrand fürchtet, daß durch Anerkennung von wirtschaftlichen Naturgesetzen jede Höhe des Arbeitslohnnes „gerechtfertigt“, daß der Fabrikant danach „im Rechte“ sein werde, wenn er den Lohn des Fabrikarbeiters nach Kräften herabzudrücken sucht. Aber seit wann entsteht aus Naturgesetzen „Recht“? Die Naturgeschichte hat Rechts zu rechtfertigen, sie hat dies bis jetzt nicht, und der Nachweis der wirtschaftlichen Ursachen, welche diese oder jene Erscheinung möglich oder unmöglich machen, ist so wenig eine rechtfertigende Kraft des damit arbeitenden Willens als die Ermittlung der größeren Stärke eines Individiums aus dem Dynamometer die Rechtfertigung eines, trift dieser Überlegungen an einem Schwachsinn verhöhlt. Der Mensch soll, ja kann gar nicht abstractes Wirtschaftsubjekt sein, und die rein wirtschaftlichen Nothwendigkeiten, welche ein ehemals Phantasm, wie der rein politische, nach physischen Erscheinungsbedingungen nicht fragende Idealstaat. Der Volkswirtschafts- oder, hier richtiger, die daraus abstrakte Klugheitslehre beansprucht auch gar nicht, die ganze Norm der menschlichen Existenz zu sein. Nur ein unentbehrlicher, keineswegs überwiegender oder gar allein bestimmender Theil davon ist sie, wie die politische, juristische, militärische etc. im Prinzipale.

Hildebrand will nun freilich von einer wirtschaftlichen Politik neben der Nationalökonomie nichts wissen, denn „herkömmliche Naturgesetze“, dann kann der Staat dieselben nicht korrigieren wollen. Freilich nicht, aber wohl unter Umständen die Wirkung des einen durch die eines andern paralyzieren und verhärten. Von der Heilkunde ganz so schwören, läßt sich unsre gesammelten Techniken in Naturgegen- und Naturprozesse der Außenwelt und des Menschenkörpers aufstellen. Der Vergleich des durch Geschaffenes mit dem Naturzustande ist der beste Beleg dazu, wie man nicht Naturgegen- oder Naturzustand gezeigt habe. Wenn die Wirkung corrigit, nämlich durch andere Naturgegenstände.

Ob und im welchen Maße der Staat die wirtschaftlichen Naturgesetze in ähnlicher Weise zu dirigieren müssse, soll daraus so wenig gefolgt werden, als aus der technischen Verwendbarkeit der Naturgesetze, daß die Möglichkeit der Staatsbeeinflussung zu behaupten, in eine notwendige Consequenz, wenn man von der Möglichkeit einer Wirkung auf die Wirtschaft überhaupt reden will. Wenn die Schule der absoluten „Laissez faire, laissez passer“ — die abrigens nicht consequent ist, indem sie für die wirtschaftlichen Operationen doch den Staatshand und wäre es auch nur gegen gewaltsame Sitzung verlangt — die Staatsbeeinflussung in den Gang der Wirtschaftskorporationen (warum nicht der menschlichen Tätigkeit überhaupt?) verweilt, sothat sie dies in der allerdings optimistischen Aussicht des Gleichgewichts der intellektuellen und wirtschaftlichen Kräfte und Triebfedern der Einzelnen. Diese Vorstellung überzeugt Hildebrand, indem er sagt: wenn jede wirtschaftliche Tätigkeit überhaupt? verweilt, sothat sie dies in der menschlichen Existenz zu sein. Nur ein unentbehrlicher, keineswegs überwiegender oder gar allein bestimmender Theil davon ist sie, wie die politische, juristische, militärische etc. im Prinzipale.

Ebenso verunglückt ist der Versuch, die Begrenzung historisch durch Verweisung auf das altromische Reich widerlegen zu wollen, das trug der größten wirtschaftlichen

Befraternahmre ehemals:

Leipzig: F. Brandstetter, Commissionair des Dresdenner Journals;

Abendanzeiger: H. Eichler, E. Illiger; Hamburg-Altona: Hakenstein